

Wilmont Haacke

Probleme der Elitenbildung im Meinungsbild der politischen Zeitschriften

Im Orchester der meinungsprägenden Kommunikationsmittel spielt die politische Zeitschrift die erste Geige. Das ist bisher nur selten bemerkt worden, weil der Zeitschrift unter den anderen, entweder von der Tradition belasteten oder von der Technik zu modernsten Massenmedien entwickelten Instrumenten durch die Wissenschaft bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Solche Erfahrung wird nicht vorgetragen, um ein einseitiges Verlagern der Forschungsintensität zugunsten der Aussage-Spezies Zeitschrift zu postulieren. Wohl aber ist es notwendig, nicht nur ihre Erscheinung an sich zu erhellen, sondern sie in ihrer besonderen Wirkungsweise auf die anderen Träger publizistischer Aussagen und gleichfalls die Rückstrahlungen von Zeitung, Film, Rundfunk und Fernsehen, Parlament und anderen Versammlungs- und Ausspracheforen auf sie hervorzuheben.

Für die Geschichte der Massenmedien und ebenso für die der Diskussion über die Struktur und die Funktionen des modernen Massenkommunikationswesens ist es von Gewicht, nicht nur die Gesamtwirkung aller publizistischen Aussagemedien zu erforschen, sondern zunächst vor allem den Anteil des einzelnen, am gesamten Kommunikationsprozeß auf seine besondere Weise beteiligten Kommunikationsmittels zu analysieren.

Das totale Propaganda-Orchester

In einem kürzlich erschienenen und von offizieller Seite als maßgeblich bewerteten sowjetischen Handbuch zu Fragen der „Wissenschaftlichen Grundlagen der Parteipropaganda“ heißt es: „Das System der Propaganda ist in unserer Vorstellung einem Orchester ähnlich, in dem jedes Instrument eine bestimmte, seinem Wesen entsprechende Aufgabe übernimmt; aber im Ganzen, in ihrer Einheit bilden sie ein harmonisches Ensemble. Damit aber alle Instrumente gut klingen, muß man die Möglichkeiten eines jeden vollkommen erkennen und sich zunutze machen.“¹

Der irrt, der da meint, diese Erkenntnis wäre eine Erfindung aus neuester Zeit. Aus Athen, Rom und Byzanz, von Friedrich II. von Hohenstaufen, Friedrich II. von Preu-

¹ V. J. Stepakov, *Wissenschaftliche Grundlagen der Parteipropaganda (Partijnoj propagande - naucaje osnovy)* (Moskau 1967) 265.

ßen, Napoleon I., ja selbst von dem zynischen Adolf Hitler liegen ähnliche Bekenntnisse vor. Staatsmänner, Herrscher und Usurpatoren haben von jeher nach solchen Erfahrungen gehandelt. In dem Band „3000 Jahre Politische Propaganda“ aus der Feder des Wiener Staatsrechtlers Alfred Sturminger lassen sich die eindeutigen Belege leicht nachlesen². Zu ergänzen bleibt, daß ein so diabolischer Praktiker politischer Propaganda wie Joseph Goebbels die Erkenntnisse V. J. Stepakovs über den unüberhörbaren Anteil des einzelnen publizistischen Instruments innerhalb des gesamten Klangkörpers des Propaganda-Konzerts nicht minder scharf und um Jahrzehnte früher erkannt hat. Seinen Einsichten entsprechend dirigierte er die Träger der öffentlichen Aussage zügig und schonungslos.

In Walter Hagemanns Standardwerk „Publizistik im Dritten Reich“ findet sich in dem Kapitel „Die publizistische Technik“ ein Abschnitt, den er folgerichtig „Das publizistische Orchester“ überschrieben hat. Darin heißt es: „Goebbels hat wiederholt – nach einem von Staatssekretär Walter Funk erfundenen Bild – die Presse mit einem Orchester verglichen, das mit verschiedenen Instrumenten die gleiche Melodie nach dem Taktstock eines Dirigenten zu spielen habe.“ Diese Metapher hat Hagemann auf die Gesamtheit der publizistischen Organe angewendet, die Goebbels seit 1933 durch geschickte Schachzüge unter seine Kontrolle gebracht hatte. Eben das erlaubte ihm, „die befohlenen Stimmen in der von ihm verfaßten Partitur unter seiner Stabführung“ zu jedem beliebigen Zeitpunkt prompt erklingen zu lassen. Tatsächlich hat ihm „die ungewöhnliche Reichhaltigkeit der Instrumentierung“ dank raffinierten Einsatzes das Erzielen ungewöhnlicher Wirkungen erlaubt. Darüber hinaus verfügte Goebbels über eine geradezu perfide Auffassung von den „besonderen Wirkungsgesetzen der einzelnen Organe“. Außerdem hat er sich von allen maßgebenden Nationalsozialisten darin als besonders skrupellos erwiesen, sich mit den Überlegungen vertraut zu machen, die Hitler bereits während der Kampfzeit über Propagandafragen angestellt hatte. Zudem fühlte er sich in Hitlers demagogische Denkweise – anpassungsfähiger als jeder andere – ein³.

Das Gedankengut eines Praktikers wie das eines Theoretikers totalitärer Propagandaregeln wurde herangezogen, um abermals und nunmehr aus ganz anderer Sicht darauf hinzuweisen, daß es für das Verständnis der Publizistik nicht nur darauf ankommt, den gesamten Klangkörper in seinem rhythmisch-melodischen Auf- und Abschwellen zu vernehmen. Vielmehr gilt es zusätzlich, die spezifische Rolle der einzelnen Instrumente herauszuhören. Mögen Pauke und Schlagzeug Instrumente sein, die man leicht mit Sensationspresse oder Krawall-Illustrierten vergleichen könnte, so läßt sich nicht leugnen, daß die politische Zeitschrift innerhalb eines so gearteten Orchesters oft genug schon für das Stimmen der Instrumente das „a“ gibt.

² Wien, München 1960 (daselbst brauchbare bibliographische Verweise).

³ W. Hagemann, Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenführung (Hamburg 1948) 151–154.

Karl Marx zwischen Zeitung und Zeitschrift

Diese Bedeutung der politischen Zeitschrift ist nicht nur metaphorisch, sondern durchaus realistisch zu nehmen. Die Intensität ihres Einflusses geht in überraschender Eindringlichkeit aus Gedanken hervor, die Karl Marx formulierte, nachdem er zum zweiten Mal in seinem Leben die Chefredaktion einer bedeutenden Gesinnungszeitung verloren hatte. Sowohl aus der „Rheinischen Zeitung“ (1842–1843) als auch aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (1848–1849) war Marx auf Betreiben der preußischen Staatskanzlei nicht nur hinausgeworfen worden; vielmehr endeten beide Blätter durch rigoroses Verbot. Marx kannte die verschiedenartige Intensität der politischen Aussagekraft sowohl des Kommunikationsmittels Zeitung als auch die des Mediums Zeitschrift genau. Seit Abschluß des Studiums war er mit beiden vertraut. Es verwundert nicht, daß Marx, als ihm das Aktualitäten an- und aussprechende Instrument Zeitung abermals aus den Händen gerissen worden war, auf das überzeitlich und um so intensiver wirkende Beeinflussungsmittel Zeitschrift zurückgriff.

Bereits im Januar 1850 kündigte er noch für den gleichen Monat ein neues Organ an. Dessen Haupttitel sollte wiederum „Neue Rheinische Zeitung“ heißen. Was konnte das anderes bedeuten, als daß er seine scharfe Kritik an den herrschenden Zuständen unbeirrt fortzusetzen gedachte? Seine bedrückende Situation, die jedoch seinen Willen, öffentlich anzuklagen, nicht im mindesten abschwächte, zwang ihm die Zeitschriftenform als wenig kostspieliges und nicht unmittelbar von der Zensur aufzufindendes Aussagemittel geradezu auf. Aus diesen und ähnlichen Gründen kündigte er die gleichsam dritte „Rheinische Zeitung“ im Untertitel als „Politisch-ökonomische Revue“ an. Daß er sich das neue Objekt nicht als ein Mischgebilde aus Zeitung und Zeitschrift dachte, zeigen die ersten Sätze einer bezahlten Anzeige, die er in die Nr. 7 der „Westdeutschen Zeitung“ vom 9. Januar 1850 einrücken ließ. Gleich zu Beginn meldet er: „Die Zeitschrift führt den Titel der Zeitung, als deren Fortsetzung sie zu betrachten ist“, eben der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von 1848/49.

Knapper, als das anderen zeitgenössischen Journalisten und späteren Fachgelehrten vergönnt war, hat er die politische Zeitschrift von den Blättern des Tages differenziert. Die Präzision seiner Formulierung ist gewiß darauf zurückzuführen, daß er in eigener Sache und aus der Defensive schrieb. Als das stärkste Interesse einer Zeitung bezeichnete er „ihr tägliches Eingreifen in die Bewegung und unmittelbares Sprechen aus der Bewegung heraus, die Widerspiegelung der Tagesgeschichte in ihrer ganzen Fülle, die fortlaufende leidenschaftliche Wechselwirkung zwischen dem Volke und der Tagespresse...“. Inhalte und Tendenzen eines meinungsbildenden „day by day“-Organs sind in diesen Worten von Marx exakt erfaßt. Die Aktualität, die Universalität und die Soziabilität, wie später eingeführte Grundbegriffe lauten, charakterisieren die Tageszeitung in der Tat dann, wenn man darüber nicht vergißt, in welcher oft zu Bedenkenlosigkeit verpflichtenden Hast sie ihren selbst aufgestellten und durch derlei

Termini lediglich nur grob umrissenen Zielen vor allem als Nachrichtenübermittlerin nachkommen muß.

Wie anders hingegen wirkt das inhaltliche oder gar weltanschauliche Konzept politischer Zeitschriften! Karl Marx, der sich ja in jenem Inserat ausdrücklich als der in Zukunft abermals verantwortliche Redakteur ankündigte, spricht dabei von „Revue“. Warum hat er diesen Begriff gewählt? Nicht zuletzt deshalb, weil ihm daran lag, für seine neue politische Zeitschrift die seinerzeit mondänste und somit für die möglichen Leser attraktivste Typenbezeichnung zu finden.

Seit die 1830 gegründete „Revue des deux mondes“ sich binnen weniger Jahre nicht allein durch Auflagen-Erfolge, sondern durch intellektuelle Leistung und journalistisches Geschick an die Spitze der europäischen gehobenen Universal-Rundschauern plazierte hatte, konnten markterfahrene „Zeitschrift-Steller“ für ihre publizistischen Innovationen keine schlagendere Betitelung wählen. Während des 18. Jahrhunderts hatten Verleger und Herausgeber gerne von „Magazin“ oder „Museum“ gesprochen⁴. Sie deuteten damit an, daß sie Material sammelten und dies zur Schau stellten. Die neue Signatur „Revue“ hingegen stellte selbständige Umschau in Aussicht. Sie versprach weltoffene Liberalität. Die politische Zeitschrift schickte sich an, politische Ereignisse nicht nur Revue passieren zu lassen, sondern zu unerbittlich scharfer Manöverkritik weiterzugehen⁵.

In klarer Unterscheidung zur Tageszeitung verrät Marx in seinem Porträt der von ihm geplanten politischen Zeitschrift Wesentliches, das zur Erkenntnis der Spezies beiträgt. „Die Revue gewährt dagegen den Vorteil, die Ereignisse in größeren Umrissen zu fassen und nur bei dem Wichtigsten verweilen zu müssen. Sie gestattet ein ausführliches und wissenschaftliches Eingehen auf die ökonomischen Verhältnisse, welche die Grundlagen der ganzen politischen Bewegung bilden.“⁶

Zeitschriften kritisieren staatliche Obrigkeiten

In der Tat ist es den Zeitschriften zum Vorteil der Qualität der durch sie geleisteten politischen Aufklärungsarbeit seit ihrem Beginn bis zur Gegenwart – immerhin über mehr als drei Jahrhunderte hinweg – vergönnt gewesen, das Durcheinander wie das Nacheinander ineinander verschlungener Ereignisse zuerst einmal vollständig vor sich abrollen zu lassen. Erst danach fanden und finden sie sich bereit, auch nur ein Wort

⁴ J. Kirchner, Die Benennungen der Zeitschriften, in: Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens I (Leipzig 1928) 93–130.

⁵ W. Haacke, Der Zeitschriftentypus „Revue“, in: Publizistik und Gesellschaft (Stuttgart 1970) 195–219.

⁶ Alle Zitate entstammen der Ankündigung der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“. Karl Marx als ihr Redakteur hat sie in der „Westdeutschen Zeitung“ Nr. 7 vom 9. 1. 1850 inseriert. Der Wiederabdruck findet sich in: K. Marx – F. Engels, Werke, Bd. 7 (Berlin 1960).

dazu verantwortlich zu äußern. Die Distanz vom Tag, der mit dem Abend versinkt und in der Nacht vergeht, läßt sie gleichsam von selbst erkennen, welche Fakten aus dem Geschehen und welche Gedanken über das Geschehen gewichtig genug sind, um von einer gediegenen Zeitschrift überhaupt zur Kenntnis genommen zu werden. Falls eine solche darüber hinaus gesonnen ist, Ereignisse oder Ideen zu kommentieren, leistet sie das auf nicht minder zögernde, indes überlegene Weise.

Wenn Karl Marx in Selbsterkenntnis der Schreibweise in erster Linie solcher Zeitschriften, die von Ideologien erfüllt sind, durchaus ehrlich auf deren Ausführlichkeit und deren wissenschaftliche Breite hinweist, so hat er damit nicht schlecht die unjournalistische Schwäche gewisser, in politischer Hinsicht höchst fruchtbarer, in ihrer publizistischen Überzeugungskraft jedoch zu Unpopularität verurteilter Weltanschauungs-Periodika enthüllt.

Das rein Journalistische hat Marx, wie Friedrich Engels als sein strenger Lektor und hilfreicher Redakteur Jahrzehnte hindurch bis zur Verzweiflung notierte, nicht immer gelegen. Unabweislich erscheint darüber hinaus seine Mahnung, in Zeitschriften-Aufsätzen auf die politische Situation und deren Änderungsmöglichkeit erst nach einem gründlichen Recherchieren und Diagnostizieren der „ökonomischen Verhältnisse“ zu schließen. Das ist eine Warnung, die von den Schriftleitungen politischer Periodika stärker als bisher zu beherzigen wäre.

Ist nicht die Kritik, die politische Zeitschriften am Status des Staats geübt haben, vor allem in Deutschland allzu häufig von geistreichen Literaten zwar witzig, dabei jedoch um so absurder ins Leere stoßend, zu Bonmots aufgereiht worden? Vielleicht ist ihr deshalb von jeher so begeistert – ähnlich wie im Kabarett – von scheinverständlichem Publikum applaudiert worden. Wurde sie nicht anderen Tags von eben diesen allzu leichtherzig Angesprochenen mir nichts, dir nichts vergessen? August Ludwig von Schlözer im 18., Friedrich List im 19., Leopold Schwarzschild im 20. Jahrhundert haben jeder für sich in den von ihnen gegründeten und geleiteten Zeitschriften aufmerksam und stetig die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse registriert. Aus ihrer zuvor eingeholten Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge konnten sie es um so leichter riskieren, politische Mißstände ebenso gründlich wie begründet zu kritisieren.

Mit Recht haben bereits einige Kameralisten lange vor 1789 in ihren Periodika angemerkt, daß es wirkungslos sei, wenn Philologen und Belletristen die Sitten und Unsitten absolutistischer Landesherren bloß durch Reimereien oder Wortspiele geißelten. Es komme vielmehr darauf an, Tatsachen sprechen zu lassen. Beispielsweise brauchten manche deutschen Landesfürsten, denen die Steuererträge für ihre leichtsinnige Luxuswirtschaft nicht ausreichten, immer neue Gelder. Um sie sich zu verschaffen, verfielen sie auf das in dieser Hinsicht höchst einträgliche Geschäft der „Vermietung deutscher Truppen an auswärtige Mächte“. Eine Reihe damaliger politischer Zeitschriften haben seinerzeit als erste Organe auf solche beklagenswerte Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik hingewiesen. Insbesondere hat der Zeitschriftenpublizist Wekhrlin den Landgrafen von Hessen-Kassel, Wilhelm IX., aufs Korn genommen.

Damit ist es schon vor 1789, entfacht durch die politischen Zeitschriften, zu einer „geschlossenen Kritik des Bürgertums und der Gebildeten am Tun des absolutistischen Kleinstaates“ gekommen. Seither ist, wie Fritz Valjavec in seinem Werke über „Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland“ schildert, „eine Feindschaft bestimmter Gesellschaftsschichten gegen die bestehende soziale und politische Ordnung“ geweckt worden⁷.

Zeitschriften „schildern“ gesellschaftliche Verhältnisse

Als Karl Marx ein Jahr nach der unterdrückten Revolution seine dritte „Rheinische Zeitung“ als Zeitschrift abermals auflegen wollte, kam es ihm gleichfalls auf öffentliches Kritisieren politischer Mißstände an. Geringeren Geistern mag das nach verlorenen politischen Schlachten inzwischen beinahe üblich gewordene Gründen politischer Zeitschriften als bescheidene Möglichkeit zu nachträglicher Rache erscheinen. An nicht nur tragischen, erst recht tragikomischen Beispielen dazu fehlt es in der Genealogie dieser Spezies keinesfalls. Daß dennoch schärfste Anklage aus einem lediglich chronologisch geübten Referieren resultieren könnte, ist eine Einsicht von Marx.

Wer wollte die Fülle der Wirkungsmöglichkeit publizistischer Appellationen bezweifeln, die aus dem Programm der neuen Zeitschrift sichtbar wird? „Eine ihrer Aufgaben wird darin bestehen, auf die Epoche, die seit der Unterdrückung der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ verflossen ist, in nachträglichen Schilderungen zurückzukommen.“ Politische Zeitschriften gewinnen gegenüber Gegenwart und Zukunft für die Wahrheit ihrer Überzeugung als einmalige Chance stets dann, wenn sie sich beizeiten auf die Kunst des Revozierens verstehen. Sie müssen nur zu Variationen jener Formel hinfinden, die von jeher lautet: „Die Angeklagten klagen an.“ Wer hätte sich innerhalb der mannigfaltigen Formen politischer Publizistik, ungeachtet seiner mangelnden Begabung für das Prägen billiger Schlagzeilen, darauf besser verstanden als Marx?

Die Zeitschrift ist ein Medium, das zunächst nur der Kommunikation zwischen schöpferischen einzelnen und auf deren Anruf lauern den einzelnen dient. Aufgrund des Gesetzes der Reziprozität kommt es um politische Zeitschriften zur Bildung von Gruppen, die sich in gegenseitigem Einvernehmen gleichsam verschwören. Solch eine Gruppe durch eine Zeitschrift von neuem zu schaffen, sie um sich zu scharen, sie auf künftige Aktionen hin anzusprechen, war das Ziel von Karl Marx zu Beginn des Jahres 1850. Angesichts politischer Niederlagen zu verzweifeln, war nicht seine Sache.

Zunächst galt es, die Ursachen des Sturzes zu klären. „Eine Zeit des scheinbaren Stillstandes, wie die jetzige, muß eben benutzt werden, um über die durchlebte Periode der Revolution aufzuklären, über den Charakter der ringenden Parteien, über die

⁷ F. Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815 (München 1951) 108–109.

gesellschaftlichen Verhältnisse, welche das Dasein und den Kampf dieser Parteien bedingen.“ Innerhalb der Geschichte der politischen Zeitschriften in Deutschland, das die Befreiungen von 1789 nicht gekannt hat, ist dies Programm eines Periodikums, das „in monatlichen Heften von wenigstens fünf Bogen zum Abonnementspreis von 24 Silbergroschen pro Vierteljahr“ erscheinen sollte, einzigartig. Zeigt es doch die Unbeugbarkeit von Karl Marx, seine politischen Ziele mit dem jeweils bestgeeigneten publizistischen Aussagemittel durchzusetzen.

Publizistische Aggregate politisch-sozialer Reformbewegungen

Sind politische Zeitschriften nicht dazu bestimmt, von Märtyrern zu sprechen, um sie im öffentlichen Gedächtnis als Vorbild zu kultivieren? Ist es zu geringfügig, wenn sie sich in Epochen der Restauration damit befassen, furchtlos darüber aufzuklären, warum Fortschritt unterdrückt und gemaßregelt, warum Rückschritt gefeiert und dekoriert werden? Von 1819 an, genauer seit den Karlsbader Beschlüssen bis zum März 1848, war es in Deutschland abermals kaum möglich, über die Wirklichkeit der „gesellschaftlichen Verhältnisse“ in aller Offenheit zu berichten. Wollte das eine politische Zeitschrift dennoch wagen, war es ratsam für sie, zumindest so zu tun, als stünde sie auf der Seite der herrschenden Mächte. Dennoch ist auf jenem, vom damaligen Establishment nicht betretenen Boden, ist aus der zunächst kümmerlichen Opposition, die mit der Ermordung des Staatsrats August von Kotzebue durch den Studenten Karl Ludwig Sand (Mannheim, 23. März 1819) begann⁸, jene später international influente Gegenbewegung entstanden, die auf die Karlsbader Beschlüsse ebenso negativ reagierte wie auf das Bismarcksche Sozialistengesetz.

Hinter den Gedanken eines Karl Marx, wie er sie anlässlich der geplanten Edition der Zeitschrift „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“ (1850) aussprach, steht nicht nur die Forderung, jüngst abgeklungene Geschehnisse mittels tendenziös gefaßter Stenogramme in der von ihm gewünschten Sicht prophylaktisch zu historisieren. Den Zeitumständen entsprechend hat er seine Absicht, Prognosen künftiger Entwicklungen zu geben, nicht sogleich ausgesprochen. Diesseits oder jenseits jener „Politisch-ökonomischen Revue“ und ihres pragmatischen Charakters lautet die stete Aufgabe der politischen Zeitschrift, die Zeichen der Zeit als Zeichen der Zukunft zu deuten.

Auf dieser Tatsache beruht der über dreihundert Jahre hinweg zu beobachtende Erfolg der politischen Zeitschriften von Rang. Bei geringer Auflage sprechen sie eine zwar zahlenmäßig begrenzte Schar jedoch „ehrlich ergriffener“ Zuhörer an. Diese Mitleser werden über Mitläufer zu Mitstreitern. Sie tragen das, was sie auf den Blättern ihres Blattes erfahren, als Betroffene oder Getroffene an Gleichgesinnte weiter. Solche

⁸ K. A. v. Müller, Karl Ludwig Sand (München 1924).

Wirkung liegt nicht zuletzt darin begründet, daß der Stoff der politischen Zeitschriften eben nicht aus den Nichtigkeiten des Tags besteht. Der ewig gleichartige Klatsch der Boulevard-Blätter, die Monotonie der täglichen Unglücksfälle und Kriminalitäten, welche die lokalen Seiten der General-Anzeiger seit Emil de Girardin's „La Presse“ füllen, führen niemals zum Bilden sich ob ihrer politischen Ziele bewußt zusammenschließender Gruppen.

Weil die politischen Zeitschriften von jeher so redigiert werden, wie Marx das angedeutet hat, wirken sie aus Geschichte und Gegenwart stets auf die Zukunft ein. Als publizistische Aggregate politisch-sozialer Reformbewegungen bewirken sie statt Stillstand Bewegung.

Als Karl Marx die Intensität der aufklärerischen Wirkung der politischen Zeitschrift von der flüchtigen Allesberichterin Tageszeitung abhob, hat er sich nicht im einzelnen darüber geäußert, wer jeweils – für wen und gegen wen – die für das Diskutieren politischer Fragen besonders geeignete Form der Zeitschrift am besten benutzen solle. Nicht zu übersehen bleibt angesichts seiner Charakterisierungen die Tatsache, daß gerade politische Zeitschriften im Gegensatz zu den für ein breites Publikum geschneiderten Unterhaltungsblättern aller Art niemals hohe Auflagen erreicht haben.

Politische Zeitschriften als Ideenlabor

In verschiedenen Studien über die Massenmedien der Gegenwart hat Harry Pross auf dies Merkmal, welches die politische Zeitschrift von ihnen allen abhebt, nachdrücklich hingewiesen. In einem Essay „Die Zeitschrift: Bürgerliches Moralisieren“ teilt er die Gründe hierfür mit. Diese Periodika böten „Gesprächsstoff, Text, über den die Leser miteinander sprechen und korrespondieren können, vorausgesetzt, daß dieser Text sie als einzelne alle anspricht“. Das könne nur geschehen, wenn der Inhalt „Gemeinsames, das die Leser untereinander verbindet, voraussetzt, sei es die historische Überlieferung, die durch die Lektüre bewußt gemacht wird, seien es bestimmte Verwaltungsformen, zu denen die Zeitschrift Stellung nimmt“.

Mit anderen Worten heißt das, die politische Zeitschrift kann mit den politischen Traditionen, die sie pflegt, oder den politischen Reformtendenzen, die sie verkündet, so gut wie nie unmittelbar auf die Massen einwirken. Im Grund ist und bleibt sie die primäre Erzeugungstätte politischer Ansichten und Folgerungen. Sie ist gewissermaßen als das Ideenlabor anzusehen, aus dessen unerschöpflicher Produktivität alle anderen Medien Anregungen zum Beobachten und Beurteilen politischer Ereignisse empfangen. Die politischen Zeitschriften gleichen in dieser Hinsicht Alchimisten-Küchen, zu denen nicht jedermann Zutritt hat. Die Dämpfe indessen aus diesen Goldmachereien, deren Begehren es ja ist, den Stein der Weisen zu finden, ziehen über die Kanäle der anderen Medien ab. Auf diese Weise mögen sie noch Fernerstehende treffen, ja sie „benebeln“.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich die „Zeitschriften des 18. Jahrhunderts allesamt nur an kleine Leserkreise richteten“. Gewiß vermehrte sich die Zahl der Zeitschriften im industriellen Zeitalter; „aber der Bezieherkreis blieb bei allen in bescheidenen Grenzen“. Eben deshalb läßt sich mit Pross folgern: „Was man den pluralistischen Charakter der modernen westlichen Gesellschaft genannt hat, kündigte sich frühzeitig in der Divergenz der Interessen und der intellektuellen Gruppierung um Medien der Meinungsbildung an. Die Zeitschriften machten Überlieferungen und Verhaltensformen bewußt.“ In solchen Erscheinungen des Aufklärens werde „stets ein Element der Kritik wirksam, das von vornherein größere Mengen abstößt, die hierüber nicht zu sprechen wünschen oder in ihrem Primärbereich nicht darüber sprechen können“⁹.

Revolution „in zwanglosen Heften“

Nichts wäre verfehlter, als aus der geringen Auflage und dem eingeschränkten Kreis der unmittelbaren Abnehmer der Ideen, welche die politische Zeitschrift austreut, auf eine geringe oder gar zeitlich höchst begrenzte Ausstrahlkraft zu schließen. Mannigfache politische Zeitschriften sind zu ihrer Zeit in geringer Auflagenhöhe oder gar nur kurzfristig erschienen. Das hat nicht verhindert, daß von ihren Inhalten und Ideen noch nach Jahrzehnten, ja in Wellen von Wiederholungen bis zur Gegenwart und womöglich über sie hinaus gesprochen wird. Kein zweites Medium verfügt über eine so merkwürdige sekundäre Periodizität und langhaltig nachwirkende, oder, wie Hagemann das ausgedrückt hätte, überzeitliche Aktualität wie die politische Zeitschrift.

Von Schubarts verschiedenen Versionen seiner unterdrückten „Teutschen Chronik“ wird so lange die Rede sein, wie die Schattenseiten des Landesfürstentums ans Licht gezogen werden¹⁰. Aus Arnold Ruges und Karl Marx' diesseits des Rheins sofort beschlagnahmtem Doppelheft der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ (Paris 1844) wird kaum minder häufig zitiert als aus dem „Kommunistischen Manifest“. Ohne Carl von Ossietzkys Leitartikel aus der „Weltbühne“ sind die politischen Verhältnisse, welche in der Weimarer Republik um 1930 herrschten, nachträglich nicht zu verstehen.

Es sind die zeitgenössische Sehschärfe und die zeitgenössische Treffsicherheit in der Beurteilung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zustände, welche in den Zeitschriften besser als in anderen Medien erhalten bleiben. Um dieser nicht musealen, sondern lebendigen Präsenz willen werden die politischen Periodika immer von neuem, von Forschern aus Disziplinen wie Geschichts- oder Publizistikwissenschaft, Politologie oder Soziologie, zur Materialentnahme benutzt. Lange Zeit nach den zeitgenössischen Lesern finden diese Organe auf solchen Umwegen abermals neue Konsumenten. Die

⁹ H. Pross, *Moral der Massenmedien* (Köln, Berlin 1967) 141–142.

¹⁰ Th. Lücke, *Der politische Aktivismus Schubarts*, in: *Aufbau. Kulturpolitische Monatsschrift* 6 (1950) H. 7, 643–650.

Ideen mancher einstmals verfolgten politischen Zeitschriften sind wie im Fall der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ im Verlauf eines Jahrhunderts zu weltbeherrschendem Einfluß angewachsen.

In diesem Zusammenhang ist an die Veröffentlichung eines der wichtigsten Werke des Marxismus, nämlich der Schrift „Der 18te Brumaire des Louis Napoleon“ (später: „des Louis Bonaparte“) zu erinnern. Marx hat sie zwischen Dezember 1851 und März 1852 verfaßt. Auf ihren Seiten hat er die Grundthesen des historischen Materialismus, die Theorie vom Klassenkampf und von der proletarischen Revolution sowie die Lehre von der Diktatur des Proletariats weiterentwickelt¹¹. Erschienen sind jene umstürzenden Ansichten zuerst in der „Revolution. Eine Zeitschrift in zwanglosen Heften“ (1. Heft 1852). Der erste Abdrucksort war eine bescheidene, ja armselige Emigrantenzeitschrift, die J. Weydemeyer in New York herausgab. Trotz der miserablen Umstände hat die politisch-sozialistische Diskussion jener Jahrzehnte eben aus dieser Zeitschriftenpublikation entscheidende neue Impulse erhalten.

Auf derlei Zusammenhänge ist hinzuweisen, ehe man die These verfißt, daß sich die politische Zeitschrift stets zuerst über Eliten in die jeweilige Politik einschaltet. Zwischen den herrschenden Mächten und den zur Herrschaft drängenden Kräften reproduzieren und reflektieren die rasonierenden, die kommentierenden und die schließlich kritisierenden Journalisten das herkömmliche und das ungewöhnliche Ideengut jeder Epoche. Am nachhaltigsten sind dieser Aufgabe die Gestalter der politischen Zeitschrift verpflichtet. Gewiß werden äußerliche wie innerliche ähnliche publizistische Aufgaben inzwischen von manchen recht unabhängig sprechenden Kommentatoren in Rundfunk und Fernsehen fortgeführt.

Nähere Untersuchungen über das „Verhältnis der Presse zu den politisch fungierenden Eliten und das Verhältnis zu der nivellierten Unterschicht“ vermitteln freilich den Eindruck, daß die Presse „nicht schlechthin als Elite verstanden werden“ kann. Dergleichen etwa angesichts der zwar auflagenstarken, glücklicherweise weithin einflußlosen „Regenbogenpresse“ behaupten zu wollen, würde an Simplität grenzen¹². Noch törichter wäre es jedoch, die Gesamtheit der Periodika einfach als Erzeugnisse der Konsum- und Massensphäre zu bezeichnen. In einer Studie über „Person und Öffentlichkeit“ hält Heinrich Scholler Belege dafür parat, daß „die politische Presse als Teil der Gesamterscheinung Kommunikationsmittel politische Funktionen im Sinne einer Funktionseelite“ ausübe. Ihm erscheint die Presse als „Basisgruppe, aus welcher kraft des Eliteselektionsprozesses gewisse Verleger, Schriftleiter und Journalisten zur Elite aufsteigen“¹³.

¹¹ Vgl. Marx-Engels, Werke, Bd. 8 (Berlin 1960) 617.

¹² W. Nutz, Die Regenbogenpresse (Köln 1969).

¹³ H. Scholler, Person und Öffentlichkeit. Zum Spannungsverhältnis von Pressefreiheit und Persönlichkeitsschutz (München 1967) 52–56 (dasselbst weiterführende bibliographische Angaben).

Sind politische Zeitschriften Artikulationen des „schlechten Gewissens“?

Aus dreihundert Jahren des Werdens der politischen Zeitschrift ließen sich leicht dreihundert Beispiele für die Trefflichkeit dieser These beibringen. Sowohl das vorsichtig angepaßte Politisieren während gesellschaftlicher Evolutionen als auch das mutige Polemisieren während sozialer Umwälzungen, wie es begabte und couragierte einzelne von jeher in Zeitschriften ausgeübt haben, hat stets bewirkt, daß sich um sie zunächst wiederum einzelne Mitwirkende scharten. Beider Zusammenarbeiten hat in den Angesprochenen zu gesellschaftlichen Um- oder Neugruppierungen geführt, was wiederum zum Durchsetzen von ihnen bejahter politischer Postulate führte. Solche Interdependenzen zwischen fordernder Publizistik und realisierter Politik führen unbekannte Schreiber in höchste Ämter, reißen sie nicht minder aus ungehemmter Kritik in die Hemmnisse der Verantwortung zurück.

Wie kommen solche „Konzeptoren des politischen Willens“, zu denen gerade Zeitschriften-Autoren zählen, überhaupt dazu, zwischen der jeweiligen politischen Führung und der Basis der Massendemokratien erfolgreich aktiv zu werden? Aus dem Bereich der publizistischen Praxis ist die Beobachtung zu bejahen, ja, hier leuchtet sie besonders ein, daß ebendas in erster Linie durch „Selbstergänzung“ geschehe. Schollers Feststellungen sind insofern akzeptabel, als ja der publizistisch begabte Nachwuchs – gleichviel ob über Volontariat, Journalistenschule oder Universitätsstudium – zu verantwortungsreichen Positionen selbsttätig drängt. Solche aktiven Kräfte gelangen, wobei Talent, Tüchtigkeit, Schöpferkraft, Stil-, Form- oder Organisationsbegabung als Voraussetzungen unabdinglich sind, erstaunlich rasch in Stellungen, welche sie alsbald aus der Menge hervorheben. Bestimmte Publikationsorgane intensivieren „ihre Funktionen nicht nur durch Erfolg und Einfluß, Auflagenzahl und Verbreitung“; vielmehr verhelfen sie ihren Editoren, Redakteuren und Autoren zu gesellschaftlichem Aufstieg.

Die politischen Zeitschriften zählen zur „elitären Presse“. Deutlicher und intensiver als andere Medien treten sie fort und fort „in Konkurrenz zu anderen politischen Eliten wie denen des Parlaments, der Regierung, der Fraktion, der Gewerkschaftsführer“ und sonstiger Institutionen. Innerhalb solcher Führungskader herrsche, wie Scholler sagt, im Rahmen der Parteien das Eliteselektionsprinzip der Delegation oder im Sektor der Bürokratie das der Berufung.

Gewiß erfolgt im Bereich der Publizistik die Auswahl der Anwärter für die Spitzen insofern in frischerer Weise, als das angeborene oder bewußt durch Arbeit an sich selbst entwickelte Talent erste Voraussetzung des Vorandrings ist. Schon die „Verschiedenheit im Selektionsprozeß“ treibt die Presseelite häufig in Opposition zu anderen politischen Eliten. Diese Erfahrung läßt an die Warnungen erfahrener Publizisten wie Friedrich Sieburg denken, die sich leicht als Originalgenies vorkommenden frühzeitigen Meister des Stils politischer Überredungskunst sollten nicht zu früh jener Arroganz verfallen, die häufig teils Schutz, teils Schwäche journalistischer Begabungen zu sein scheint.

In ihrem politischen Führungsanspruch und in ihrer zumeist überaktuellen, ja überzeitlichen Beeinflussungs- oder gar Erweckungskraft steht die politische Zeitschrift nicht nur historisch vor, sondern tatsächlich über den anderen Medien. Jacques Bourquin und eine Reihe anderer schweizerischer Soziologen und Publizistikforscher aus der Gegenwart sehen im politischen Publizisten einen Tribunen, der über das Vetorecht verfüge¹⁴. Max Güde hat deshalb in einer weniger schönen Formulierung von der „tribunizischen Gewalt“ der Presse gesprochen.

Mit dem Blick auf die politische Zeitschrift ist Scholler ganz und gar zuzustimmen, wenn er von der Presse schlichtweg meldet, sie wäre „von Natur aus Konterelite“. Der in der „Gesellungslehre“ von Max Graf Solms gebrauchte Ausdruck „Protestelite“ trifft insbesondere auf die oppositionellen Zeitschriften jedweden Zeitalters zu¹⁵.

Zur Begründung seiner Erfahrungen schreibt Scholler einen Satz, der jede weitere mögliche These über das Verhältnis der politischen Zeitschrift zur Politik, über ihren Einfluß auf die Politik kontrapunktisch aufklärt und abschließt. „Die Bezeichnung Konterelite impliziert die Vorstellung einer Elite, die den Versuch unternimmt, die bestehende Macht- und Autoritätsstruktur, welche von der politischen Elite aufgebaut und verstärkt wurde, zu durchbrechen.“¹⁶

Eben dies zu leisten, ist von jeher durch die politischen Zeitschriften, unter ihnen vor allem durch die schöpferisch oppositionell eingestellten Periodika, versucht worden. Daraus resultiert ihre Bedeutung für die politische Entwicklung des Zeitalters, an dessen Rand sie zuerst erscheinen, um störend, beunruhigend, zielbewußt in seine Mitte einzudringen.

¹⁴ J. Bourquin, *La liberté de la presse* (Lausanne 1950) 186.

¹⁵ M. Graf Solms, *Gesellungslehre* (Tübingen 1956) 519.

¹⁶ H. Scholler, a. a. O.